

## Kommentar

### Institutsbeirat: Kreis Nordfriesland soll bleiben

Die Kieler Landesregierung hat einen politischen Prozess zu einer Neustrukturierung der Kreise in Schleswig-Holstein angestoßen. CDU und SPD, die Parteien der großen Koalition, haben auf Parteitag – teils gegen die Stimmen von Vertretern etwa aus Nordfriesland – das Ziel formuliert, Großkreise zu bilden. Schon zuvor hatten sich die Grünen dafür ausgesprochen. Vorgeschlagen wurde, aus den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg einen neuen Kreis entstehen zu lassen (vgl. pro und contra in *NORDFRIESLAND* Nr. 150, Juni 2005, S. 19-22).

Widerspruch dagegen regt sich auch in den friesischen Vereinen. Der Beirat des Nordfriesischen Instituts beschloss am 11. November 2006 folgende Resolution: Der Verein Nordfriesisches Institut engagiert sich seit seinem Bestehen 1948 für die Interessen Nordfrieslands, ob in sprachlich-kultureller, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht. Die friesische Identität in Nordfriesland hat sich unabhängig und teils im Spannungsverhältnis zu administrativen und obrigkeitstaatlichen Strukturen

über mehr als 1200 Jahre entwickelt und bewahrt. Gleichwohl ist es nicht ohne Belang für die Entfaltung friesischer Identität, wie sich das Gemeinwesen einrichtet. Strukturen können für Entwicklungen befördernd oder behindernd wirken.

Die Bildung des Kreises Nordfriesland im Jahre 1970 wurde vom Verein ausdrücklich als zukunftsgerichtete Maßnahme begrüßt, die gleichzeitig der Tradition und dem Selbstverständnis der Landschaft Rechnung trug. Die friesische Volksgruppe hat seitdem mit dem Kreis einen kompetenten Ansprechpartner für ihre Anliegen. Bei den aktuellen Plänen der Landesregierung zur Neuordnung der Kreise ist kein Konzept erkennbar, wie die regionale Aufgabenwahrnehmung konkret verbessert werden soll. Die bisherigen vergleichenden Untersuchungen der Verwaltungsstruktur in Schleswig-Holstein kommen im Gegenteil zu dem Ergebnis, dass die vorhandene Verwaltungskraft der Kreise nicht ausreichend ausgeschöpft wird.

Seitens der Landesregierung sind bisher keine Belege bzw. Argumente für eine unzulängliche Aufgabenwahrnehmung durch die Kreise angeführt worden. Wie leistungsfähig und innovativ der Kreis Nordfriesland in der Praxis ist, zeigt, dass er sich im Rahmen der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für das sogenannte Options-Modell entschieden hat.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es seitens des Landes nicht einmal

Angaben, welche Aufgaben in welcher Form künftig von den neuen Großkreisen wahrzunehmen wären. Alles soll „besser, billiger und bürgernäher“ werden. Wie das konkret aussehen soll, bleibt bisher das Geheimnis der Landesregierung.

Der Beirat spricht sich nicht struktorkonservativ gegen Reformen aus, mahnt aber an, dass der Schwerpunkt der Verwaltungsreform auf qualitativen Aspekten, wie der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sowie der örtlichen und regionalen Zuständigkeiten liegen muss. Die Identifikation der Bürger mit der Gebietskörperschaft ist ein nicht zu unterschätzender Faktor bei der erfolgreichen Umsetzung von Politik. Eine rein technokratische Strukturpolitik vernachlässigt dieses und schadet mehr, als sie nützen kann.

Die Bürger der Westküste sind nicht politikverdrossen, das zeigt das Engagement für den Erhalt ihrer Kreise. Die Art und Weise, wie Entscheidungen der Landesregierung ohne Meinungsbildung und Beweisführung einfach durchgezogen werden sollen, steigert aber eindeutig die Verdrossenheit über die Politiker. Das schadet der politischen Kultur im Lande nachhaltig. Niemand mit Sinn für das demokratische Gemeinwesen kann daran jedoch ein Interesse haben. Der Beirat des Vereins Nordfriesisches Institut e. V. spricht sich für den Erhalt des Kreises Nordfriesland aus und gegen die Pläne der Landesregierung zur Schaffung von sogenannten Großkreisen.

Häägar

